

SVP-Klartext

Die Zeitung der Schweizerischen Volkspartei

Parteileitung 3

Am 5. Mai haben die Delegierten die neue Parteileitung gewählt.



17. Juni 2012

Volksabstimmungen: Parolen der SVP Schweiz



Asylinitiative 4

In Luzern lanciert die SVP eine Volksinitiative gegen Asyldiktat.



Lehrer-Lehre 13

Was Lehrer dazu sagen?



Für Ihre Drucksachen

zt Zofinger Tagblatt AG
Medien- und Printunternehmen
Zofinger Tagblatt AG, 4800 Zofingen
Tel. 062 745 93 93, www.ztonline.ch

Wollen Sie die Volksinitiative «**Eigene vier Wände dank Bausparen**» annehmen?

JA

Wollen Sie die Volksinitiative «Für die Stärkung der Volksrechte in der Außenpolitik (**Staatsverträge vors Volk!**)» annehmen?

JA

Wollen Sie die Änderung vom 30. September 2011 des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (KVG), (**Managed Care**) annehmen?

NEIN



Kniefall vor Europa

Am 19. April 2012 ging folgendes Schreiben von Bundespräsidentin Widmer-Schlumpf an die kantonalen Regierungen:

„Am 5. Mai feiern wir wie jedes Jahr den Europatag. Mit diesem Tag gedenken wir der Verabschiedung der Satzung des Europarats 1949 in London. Der Europarat ist die Älteste und bis heute die grösste internationale Organisation Europas; sie umfasst abgesehen von zwei Ausnahmen alle europäischen Staaten. Heute zählt der Europarat 47 Mitgliederstaaten.

Die Schweiz ist seit 1963 Mitglied des Europarats und setzt sich sehr aktiv für die Förderung der Menschenrechte, der demokratischen Werte, der Rechtsstaatlichkeit und der Stabilität in Europa ein.

Wir bitten die Kantons- und Gemeindebehörden deshalb, auch dieses Jahr zum Europatag beizutragen, indem sie auf öffentlichen Gebäuden die Europafahne hissen. Wir danken Ihnen schon jetzt für Ihre Unterstützung.“

Soweit haben wir es also in der Schweiz gebracht. Man hisst auf Geheiss der Bundespräsidentin im ganzen Land die Europafahnen und vergisst den Einsatz für unser Land. Unterwerfung gegenüber dem Ausland hat Hochkonjunktur, der Kampf für unsere Eidgenossenschaft und die schweizerischen Errungenschaften geht vergessen. Wie wäre es in zwei Monaten mit folgendem Brief an die Kantonsregierungen, Frau Bundespräsidentin?

„Am 1. August feiern wir wie jedes Jahr unseren Nationalfeiertag. Mit diesem Tag gedenken wir der Gründung der Schweizerischen Eidgenossenschaft 1291 auf dem Rütli. Die Schweiz ist die älteste direkte Demokratie der Welt. Sie ist föderalistisch aufgebaut und respektiert die Steuerhoheit der Kantone. Heute zählt die Eidgenossenschaft 26 Kantone.

Die Schweiz trägt mit ihrer Neutralität und Unabhängigkeit wesentlich zu den demokratischen Werten, zur Rechtsstaatlichkeit und damit zur Stabilität in Europa bei.

Wir bitten die Kantons- und Gemeindebehörden deshalb, auch dieses Jahr zum Nationalfeiertag beizutragen, indem sie auf öffentlichen Gebäuden die Schweizerfahne hissen. Wir danken Ihnen schon jetzt für Ihre Unterstützung.“

Machen wir uns nichts vor. Die offizielle Politik im Bundeshaus schreitet in eine ganz bedenkliche Richtung: Annäherung bzw. Anschluss der Schweiz an die EU, Einschränkung der Volksrechte, Aufgabe der Privatsphäre und des Bankkundengeheimnisses und

damit des Schweizer Finanzplatzes.

Ganz frappant untermauert diese bedenkliche Entwicklung der Bundesrat in der jüngst bekannt gegebenen künftigen Ausrichtung der Europapolitik.

Der Bundesrat liess zu seinen europapolitischen Beschlüssen verlauten: *„Die Grundsätze beziehen sich unter anderem auf die Einheitlichkeit (Homogenität) der Anwendung und Auslegung von Bestimmungen, die in bilateralen Abkommen festgelegt wurden, ausserdem auf die Rechtsentwicklung, die Überwachung der Anwendung bilateraler Abkommen sowie die Streitbeilegung.“*

Das sind schöne Worte, aber man versteht kaum, was damit eigentlich gemeint sein soll. Da liegt die Vermutung nahe, dass hier etwas gesagt wird und etwas anderes gemeint ist. Die angestrebte „Homogenität“ bedeutet das Ende der Selbstbestimmung in der Europapolitik und auch das Ende des bilateralen Weges. Der bilaterale Weg wird wie beim Schengen-Vertrag durch eine Unterordnung unter die Rechtshoheit der EU ersetzt. Ja, auch bei Schengen wird uns in der Schweiz zugestanden, dass wir die Anpassungen ins schweizerische Recht „eigenständig“ übernehmen. Allerdings ist das eine rein theoretische Möglichkeit. Denn wenn die Schweiz die Übernahme eines Rechtsaktes verweigert, müssen wir mit sog. Ausgleichsmassnahmen, also Sanktionen, sprich Bestrafungen seitens der EU rechnen.

Der Bundesrat spricht in seiner Europapolitik im Weiteren beschönigend von „decision shaping“. Was bedeutet dies? Nichts anderes, als dass die Schweiz Zaungast ist. Mit „Experten“ kann die Schweiz zwar in vorbereitenden Ausschüssen dabei sein, hat jedoch kein Stimmrecht. Dem kann man sicherlich nicht Mitbestimmung, geschweige denn souveränes Handeln sagen.

Natürlich kennen wir die Fortsetzung dieses angestrebten Weges unserer Landesregierung. Man wird uns vorjammern, dass wir halt nur bei einem Vollbeitritt zur Europäischen Union vollumfänglich mitbestimmen könnten.

Sie sehen, die SVP wird in den nächsten Jahren ganz besonders gefordert, Wohlstand und Freiheit der Schweiz zu verteidigen. Dazu ist Widerstand notwendig.

A handwritten signature in blue ink, which appears to read 'Toni Brunner'. The signature is fluid and cursive.

Toni Brunner
Präsident SVP Schweiz

Staatsverträge vors Volk: JA

Über 600 Gäste und Delegierte haben sich am 5. Mai in Klingnau (AG) zur Delegiertenversammlung getroffen. Sie haben die Parolen für die eidgenössischen Abstimmungen vom 17. Juni gefasst. Mit 486 JA-Stimmen haben sie sich einstimmig für die Volksinitiative „Staatsverträge vor Volk“ ausgesprochen. Mit 415:15 Stimmen haben die Delegierten die Volksinitiative „Eigene Vier Wände dank Bausparen“ klar unterstützt. Bei der Managed Care-Vorlage hingegen haben die Delegierten nach intensiver Diskussion mit 368:52 Stimmen die NEIN-Parole beschlossen.



Toni Brunner überreicht dem nach sechs Jahren abtretenden Vizepräsidenten Nationalrat Yvan Perrin eine Hellebarde als Dank für seinen Einsatz für die Heimat.



Wie alle zwei Jahre waren die Gesamterneuerungswahlen der Parteigremien der SVP Schweiz auf der Traktandenliste der Delegiertenversammlung. Parteipräsident Toni Brunner wurde dabei einstimmig (425:0 Stimmen) als Präsident bestätigt. Das erweiterte Vizepräsidium wurde mit 414:6 Stimmen bei einigen Enthaltungen klar gewählt.



Die neue Parteileitung der SVP (von links nach rechts) mit den Vizepräsidenten Grossrat Claude-Alain Voiblet (VD) neu, Nationalrat Luzi Stamm (AG) neu, Nationalrätin Nadja Pieren (BE) bisher, Parteipräsident Nationalrat Toni Brunner (SG) bisher, Nationalrat Christoph Blocher (ZH) bisher, Präsidentin SVP Frauen Schweiz Judith Uebersax (SZ) neu, Nationalrat Oskar Freysinger (VS) neu, a. Nationalrat Walter Frey (ZH) bisher und Fraktionschef Adrian Amstutz (BE) bisher.

4 Asylinitiative Kanton Luzern

Asylwesen: Kantone können sich wehren!

Nach wie vor befindet sich das Schweizer Asylwesen in einem desaströsen Zustand. Um die Missstände auf Stufe Kanton in den Griff zu kriegen, hat die SVP Kanton Luzern die Volksinitiative „Für eine bürgernahe Asylpolitik“ lanciert. Die Initiative schafft klare Verantwortlichkeiten, ermöglicht die Errichtung provisorischer Asyl-Zentren und entlastet die Gemeinden von den horrenden Asylkosten.



von Guido Müller, Kantonsrat,
Fraktionspräsident, Ebikon (LU)

Die Probleme der zu langen Verfahrensdauern, der löchrigen Schengen-Grenze oder der zu laschen Justiz gegenüber kriminellen Asylsuchenden sind auf Bundesebene zu lösen. Die Kantone haben aber einen Spielraum, um effiziente Strukturen zu schaffen und die Unterbringung von Asylsuchenden für die Bevölkerung auf erträgliche Weise zu organisieren. **Hier setzt die kantonale Volksinitiative „Für eine bürgernahe Asylpolitik“ an.**

Die Ziele der Initiative

Eine funktionierende Asylpolitik braucht klare Verantwortlichkeiten. Der Kanton soll für die Unterbringung der ihm zugewiesenen Asylbewerber zuständig sein, statt dass er diese einfach auf die Gemeinden abschiebt.



„Die Volksinitiative „Für eine bürgernahe Asylpolitik“ ist dringend notwendig, zur Schaffung klarer Verantwortlichkeit des Kantons Luzern und zur gleichzeitigen Einräumung demokratischer Mitbestimmungsrechte von betroffenen Gemeinden bei der Unterbringung zugewiesener Asylanten.“

Nadja Britschgi, Kantonsrätin, Wikon (LU)

In allen Asylbelangen gibt es einen Ansprechpartner – im Fall des Kantons Luzern das Sozialdepartement. Der Kanton wird ermächtigt, provisorische Asyl-Zentren ausserhalb der Bauzonen und geschlossene Unterbringungsmöglichkeiten für deliktische und renitente Asylbewerber zu errichten. Dies gilt auch für die Einmietung in bestehende Anlagen. Die Anliegen der betroffenen Gemeinden werden berücksichtigt.

Werden Asylbewerber – wider die primär angestrebte Praxis – nicht in provisorischen Asyl-Zentren untergebracht und auf die Gemeinden verteilt, gelten diverse Bedingungen zum Schutze der Bevölkerung. Dazu gehört:

- Die Sicherheit der Bevölkerung ist rund um die Uhr gewährleistet. Bei der Unterbringung von Asylsuchenden in einer Gemeinde muss der Sicherheitsaspekt, z.B. durch ein separates Konzept, klar geregelt sein.
- Aufenthalte von mehr als einem Jahr sind nur für anerkannte Flüchtlinge und vorläufig Aufgenommene möglich. Asylsuchenden

mit einem anderen Status werden prinzipiell in provisorischen Asyl-Zentren untergebracht.

- Die Gemeinden erhalten das Recht, deliktische und renitente Asylbewerber und solche mit abgelehnten Gesuchen an den Kanton zurückweisen.
- Bezüglich Unterbringung von Asylsuchenden legen die Gemeinden die demokratischen Mitbestimmungsrechte des Volkes fest. Es darf nicht mehr sein, dass Asylsuchende ohne Rücksicht auf die Bevölkerung verteilt werden.

Heute haben die Luzerner Gemeinden teils mit horrenden finanziellen Belastungen durch Asylbewerber zu kämpfen. Damit diese Kosten in der Kantonsrechnung sichtbar werden, sollen die Gemeinden davon entlastet werden. Fallen die Kosten dem Kanton zur Last, ist er gezwungen, den Druck zur Lösung der Asylmisere auf den Bund zu erhöhen.

An alle Bürgerinnen und Bürger des Kantons Luzern: Bitte unterschreiben Sie unsere Initiative und machen Sie Nägel mit Köpfen im Asylwesen.

Unterschriftsbogen und weitere Infos: www.asyldiktat-stoppen.ch

Mehr Demokratie in der Aussenpolitik!

Die Schweiz ist unter Druck aus dem Ausland und muss immer mehr internationales Recht übernehmen. Mit einem Ja zur Staatsvertrags-Initiative am 17. Juni kann das Schweizervolk seine Mitsprachemöglichkeiten beim Abschluss wichtiger völkerrechtlicher Verträge ausbauen und so die Souveränität des Landes stärken.



von Professor Hans-Ueli Vogt,
Kantonsrat, Zürich (ZH)

Im Zuge der Globalisierung und der immer stärkeren Vernetzung der Staaten nimmt deren Autonomie immer mehr ab. Völkerrecht wird immer wichtiger. Damit verliert unsere direkte Demokratie immer mehr an Bedeutung. Das Schweizervolk – doch eigentlich der „Souverän“ in unserem Land – wird entmachtet, es kann über seine Geschichte nicht mehr selber bestimmen.

Mit der Volksinitiative „Staatsverträge vors Volk“ soll diese Entwicklung ein Stück weit korrigiert werden: Über wichtige Staatsverträge sollen das Volk und die Kantone im Rahmen eines obligatorischen Referendums abstimmen können.

Damit würde über solche Staatsverträge so entschieden, wie wenn es um eine Änderung der Verfassung ginge. Warum ist das richtig und wichtig so?

1. Weil den Staatsverträgen heute über weite Strecken ein Vorrang gegenüber unseren Gesetzen zukommt, sodass die Staatsverträge insofern Verfassungsrang haben. Darum müssen sie konsequenter-

weise auch dem obligatorischen Referendum unterliegen. So hätte z.B. über die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) gemäss der Staatsvertrags-Initiative obligatorisch abgestimmt werden müssen. Damals wurde sie nicht einmal dem fakultativen Referendum unterstellt.

2. Weil Staatsverträge oft Auswirkungen haben, die bei ihrer Unterzeichnung nicht abzusehen waren. Ist ein Staatsvertrag einmal abgeschlossen, so sind die Staaten rechtlich oder

zum mindesten faktisch verpflichtet, sich den weiteren Entwicklungen im Rahmen des Vertrages zu unter-

ziehen: Änderungen und Ergänzungen müssen übernommen werden, Erweiterungen auf neue Vertragsparteien sind zu akzeptieren (Stichwort: Osterweiterung der EU), und die Rechtsprechung unserer Gerichte muss sich an die „dynamische“ Rechtsprechung der betreffenden internationalen Gerichte halten. **Besonders wichtig ist das obligatorische Referendum im Hinblick auf Verträge, die der Bundesrat mit der EU über die sogenannten institutionellen Fragen abschliessen will** (Stichwort: automatische Übernahme von EU-Recht): Hier müssen

das Volk und die Kantone das letzte Wort haben!

3. Ein obligatorisches Referendum ist bei wichtigen Staatsverträgen nötig, weil – vor allem bei den multilateralen Verträgen – die Mitwirkung des Parlaments und allenfalls des Volkes auf ein blosses Ja oder Nein beschränkt ist; umso wichtiger ist es, dass der Bundesrat bei der Aushandlung der Verträge weiss, dass er die Zustimmung des Volkes und der Kantone einholen muss. **Das zwingt ihn noch verstärkt, sich an den Interessen**



des Landes auszurichten. Zudem garantiert das obligatorische Referendum, dass wichtige Staatsverträge im Parlament und in der Öffentlichkeit gründlich geprüft und diskutiert und nicht einfach durchgewinkt werden.

Die direkte Demokratie ist der Erfolgsfaktor Nr. 1 der Schweiz. Mit einem Ja zur Staatsvertrags-Initiative am 17. Juni können wir sie im Bereich der Aussenpolitik massvoll und gezielt ausbauen und so die Stellung des Schweizervolkes gegenüber dem uns immer mehr einengenden Völkerrecht stärken.

6 Volksabstimmung

Managed Care kann nicht halten, was es verspricht

Die Krankenkassenprämien drücken seit der Einführung des Krankenversicherungsgesetzes KVG Jahr für Jahr stärker auf das Portemonnaie. Unzählige Ideen kommen immer wieder aufs Tapet, wie man die Prämienlast senken könnte. Diesmal ist es die so genannte Managed Care-Vorlage, über die wir am 17. Juni abstimmen. Eine Vision, die den Praxistest nicht besteht.



von Nationalrätin Sylvia Flückiger, Schöftland (AG)

Was bedeutet Managed Care?

Mit Managed Care würden die Krankenkassen mit Hausärzten und Spezialisten Verträge abschliessen. Der Hausarzt würde zum Organisator sämtlicher Behandlungspfade für Patienten, d.h. er würde an die mit ihm vertraglich verbundenen Spezialisten zuweisen, in das mit ihm vertraglich verbundene Spital einweisen, die Reha organisieren und sogar das Pflegeheim. In gewissem Sinne bekommt der Versicherte alles von der Wiege bis zur Bahre gemanagt. Das klingt einfach und kundenfreundlich, aber bei näherem Hinsehen entpuppt sich der allumfassende Service als goldener Käfig.

Einmal in der Mühle drin....

Das Verhältnis zwischen Arzt und Patient ist für viele von uns ein Vertrauensverhältnis. Dies ist vor allem dann wichtig, wenn ein Leiden eintritt, das nicht routinemässig behandelt werden kann. Wird die Managed Care-Vorlage wie vorgeschlagen umgesetzt, und ist mein Hausarzt oder mein Physiotherapeut nicht in

einem Netzwerk integriert, muss ich mir andere Ärzte bzw. eben ein solches Netzwerk suchen. Was soll ich tun, wenn die Ärzte meines Vertrauens nicht zusammenarbeiten? Was soll ich tun, wenn ich mit dem Netzwerk nicht zufrieden bin? Kündigen kann ich erstmals nach 3 Jahren!

Zwang für ein Nichterfolgsmo- dell?

Managed Care gibt es in der Schweiz seit 15 Jahren. Bis zum heutigen Tag sind laut den neuesten Zahlen von santésuisse in Netzwerken mit Budgetmitverantwortung, also dem neuen Favoritenmodell der Befürworter, lediglich 6% der Schweizer versichert, bei den über 50-jährigen sind es gerade noch 4%. Bis im Jahr 2015 sollen 60% der Schweizerischen Bevölkerung in Netzwerken mit Budgetmitverantwortung integriert sein. Wird diese Zielvorgabe nicht erreicht, droht der Bundesrat mit noch schärferen Massnahmen. Die freie Arztwahl dürfte dann noch teurer werden.

Und was ist mit den Kosten?

Die Hoffnung wäre, dass sich „Doctor-Shopping“ und Mehrfachdiagnosen verhindern liessen. Die Patienten im Managed Care Modell würden ja im Falle eines Arztbesuches ausser-

halb der vom Hausarzt festgelegten Linie mehr Selbstbehalt berappen müssen und die Leistungserbringer sollten sich unter der Leitung des Hausarztes auf bereits erbrachte Befunde abstützen und nicht alles noch einmal untersuchen. Bei den Krankenkassen sollten damit weniger Rechnungen anfallen und könnten in der Folge die Prämien gesenkt werden. Soweit die Theorie.

Gesundheitsökonomien haben den Nutzen des Modells zu errechnen versucht. Das Zahlenmaterial des CSS Instituts für Empirische Ge-

“Managed Care bringt weniger Freiheiten für die Patienten und keinen spürbaren Nutzen bezüglich Prämien, das Gegenteil ist zu befürchten.“

sundheitsökonomie hielt aber einer Überprüfung nicht stand. Es liessen sich keine relevanten Ersparnisse nachweisen.

Managed Care bringt weniger Freiheiten für die Patienten und keinen spürbaren Nutzen bezüglich Prämien, das Gegenteil ist zu befürchten. Deshalb sage ich und die Delegierten der SVP Schweiz Nein zu dieser Vorlage.

Mehr Informationen: www.managed-care-nein.ch

Eigene vier Wände

Wohneigentum für:

- **Familien**
- **Mittelstand**
- **Mieter**

In eigenen vier Wänden wohnen gibt Sicherheit, Zufriedenheit und Geborgenheit. Mehr Haushalte sollen sich das leisten können.



17. Juni
JA
BAUSPAREN

Komitee «Eigene vier Wände dank Bausparen», Postfach, 3001 Bern

www.bausparen-ja.ch



Hans Eglöf, Nationalrat SVP, Zürich

«Die Förderung von Wohneigentum ist dringend nötig»



Andrea Geissbühler, Nationalrätin SVP, Herrenschwanden

«Für den Mittelstand und junge Familien»



Toni Brunner, Nationalrat SVP, Ebnet-Kappel

«Damit endlich etwas für unseren Mittelstand getan wird»

8 Abgeltungssteuerabkommen

Privatsphäre der Bankkund

Die Privatsphäre der Bankkunden ist zu schützen unabhängig der Nationalität, des Geschlechts, der Religion oder der finanziellen Verhältnisse. Der Bundesrat hat bei den Abgeltungssteuerabkommen mit Deutschland auf der ganzen Linie dem Druck der deutschen Seite nachgegeben. Die Schweiz wird zum Steuereintreiber für Deutschland und deutsche Beamte sollen Banken in der Schweiz kontrollieren. Deshalb lehnen die SVP Fraktion und auch der Zentralvorstand der SVP dieses Abkommen einstimmig ab.


Die SVP-Fraktion hat sich an ihrer Sitzung vom 2. Mai 2012 mit den Abgeltungssteuerabkommen mit Deutschland und Grossbritannien befasst. Einmal mehr ist der Bundesrat Deutschland und Grossbritannien bei den in diesem Frühjahr ausgehandelten Änderungsprotokollen zu den Abgeltungssteuerabkommen viel zu weit entgegengekommen. Die Abkommen schwächen in der vorliegenden Form den Finanzplatz Schweiz, weichen die Privatsphäre der Kunden zusätzlich auf, bringen das Geschäft

mit Kunden aus diesen Ländern faktisch zum Verschwinden und kosten damit Arbeitsplätze. Die Fraktion lehnt die Abkommen mit Deutschland und dem Vereinigten Königreich deshalb einstimmig ab.

In Tat und Wahrheit macht sich die Schweiz zum Steuereintreiber für Deutschland. Das Bankkundengeheimnis wird gegenüber Deutschland und seinen Einwohnern faktisch aufgegeben. Zusätzlich sollen neu deutsche Beamte Banken in der Schweiz kontrollieren können. Bei den Banken werden enorm hohe administrative Kosten anfallen, was vor allem kleinere Bankhäuser zur Aufgabe des Geschäftes mit deutschen Kunden zwingen wird. Die Abkommen weisen in der vorliegen-

den Form prohibitiv hohe Steuersätze bis zu 41%, im Erbfall gar von 50%, auf. Sie bringen zudem keine klare Regelung im Umgang mit gestohlenen Datenträgern und garantieren weder Gegenseitigkeit noch einen Marktzugang für Schweizer Finanzinstitute.

Mit schönen Worten verschleiert der Bundesrat, dass man einmal mehr dem Druck aus dem Ausland nachgegeben hat. Der Bundesrat meint mit „Steuergerechtigkeit“ die Aufgabe



„Es wäre günstiger, wir würden ein Verbot erlassen, dass Schweizer Banken keine deutschen oder englischen Kunden mehr annehmen dürften.“

Nationalrat Hans Kaufmann, Wettswil am Albis (ZH)

der Privatsphäre des Bürgers. Heute geht es um die Privatsphäre von Ausländern in der Schweiz. Morgen werden es dann wir Schweizer sein.

Die SVP setzt sich für die Schweiz und unsere Grundpfeiler der Eigenverantwortung, der Souveränität und der direkten Demokratie ein. Es sind wir, die SVP, die den Wohlstand und die Freiheit der Schweiz zu verteidigen haben. Dazu ist Widerstand notwendig.

en ist zu wahren



„Die prohibitiv hohen Steuersätze von bis zu 50% sind nicht akzeptabel. Dazu kommt, dass das Abkommen mit Deutschland im Vollzug einem bürokratischen Monster gleich kommt, das einmal mehr die Wettbewerbsfähigkeit der Schweizer Banken einschränkt.“

Ständerat Hannes Germann, Opfertshofen (SH)

Es sind wir, die SVP, die den Wohlstand und die Freiheit der Schweiz zu verteidigen haben. Dazu ist Widerstand notwendig!

Positive und negative Zwis

In der Zeit zwischen den Sessionen werden alle politischen Entscheide vorgespurt. Der Bundesrat und die parlamentarischen Kommissionen bereiten die Geschäfte vor und legen die Weichen für die Beschlüsse in den Sessionen. Dabei stehen die Interessen der Schweiz leider nicht immer im Vordergrund...

Das hat die SVP erreicht:

Sofortmassnahmen der SVP zur Asylproblematik übernommen

Im Asylwesen brennt es – sofortige Gegenmassnahmen sind unumgänglich zur Verhinderung weiterer Flächenbrände. Aus diesem Grund hat die SVP bei der Beratung des Asylgesetzes in der Staatspolitischen Kommission des Nationalrates fünf Anträge auf Kommissionen eingereicht. Drei davon wurden nun von der Kommission übernommen und werden in der Sommersession vom Nationalrat beraten. Die vierte Motion für die Aufstockung der Haftplätze wird auf anderem Wege angegangen und umgesetzt. Die fünfte Motion schliesslich zur Senkung der Nothilfepauschalen wurde von der Kommission nicht übernommen. Die SVP reicht sie im Parlament ein. Somit sind alle Sofortmassnahmen deponiert und können baldmöglichst umgesetzt werden.

Endlich ruft der Bundesrat die Ventilklause an

Auf Druck der SVP hat der Bundesrat endlich beschlossen, die Ventilklause gegenüber den neuen EU-Staaten anzurufen. Mit dieser Massnahme kann das Problem der Massenzuwanderung zwar nicht gelöst werden, denn deren Wirkung ist sehr beschränkt. Hierfür braucht es die Initiative gegen die Masseneinwanderung. Die Anrufung der Ventilklause ist dennoch ein wichtiges Signal gegenüber der EU und sagt klar aus, dass sich die Schweiz nicht alles gefallen lässt.



chenmeldungen aus Bern



Das haben wir den Mitteparteien zu verdanken:

Der Bundesrat will Anbindung an die EU

Der Bundesrat hat am 25. April 2012 eine weitgehende institutionelle Anbindung der Schweiz an die EU beschlossen. Er will mit der EU „Homogenität“ herstellen mit einem „gemeinsamen Rechtsraum“ mit „möglichst einheitlichen Regeln“ und schlägt der EU unter anderem faktisch eine zwingende Übernahme von EU-Recht durch die Schweiz sowie neue Kontrollinstanzen und Kompensationsmassnahmen im Fall eines Abweichens vom EU-Recht vor. Für die SVP kommt dies nicht in Frage. Weitere Abkommen mit der EU sollen nur abgeschlossen werden, wenn diese im gegenseitigen Interesse sind.

Bundesrat beantragt massive Erhöhung der Entwicklungshilfe

Die beschlossene Erhöhung der Entwicklungshilfe ist in mehrfacher Hinsicht fragwürdig. Nachdem das Parlament letztes Jahr gegen den Willen der SVP beschlossen hat, die Entwicklungshilfe auf 0,5% des Bruttoinlandkommens zu erhöhen, beantragt der Bundesrat nun den entsprechenden Rahmenkredit über vier Jahre in der Höhe von 11,35 Milliarden Franken. Die Forderung nach einer Koppelung der Entwicklungshilfe an Kooperation bei der Rückübernahme abgewiesener Asylbewerber wurde in der Legislaturplanung zwar vom Nationalrat in der Sondersession überraschenderweise angenommen, es ist jedoch zu befürchten, dass der Ständerat diesen Entscheid erneut zunichtemachen wird.

Bundesrat legt konzeptlosen Atom-Ausstiegsplan vor

Fast ein Jahr nach dem vom Parlament beschlossenen Ausstieg aus der Kernenergie zeigt sich, dass das vollmundige Versprechen einer „Energiewende“ bis 2050 nicht eingelöst werden kann. Die vom Bund vor der Ausstiegsdebatte kommunizierten Zahlen bei den alternativen Energien wie auch beim Ausbau der Wasserkraft waren viel zu optimistisch und müssen nun massiv korrigiert werden. Ohne den Bau von Gaskraftwerken wird der Ausstieg nicht zu schaffen sein, gibt nun auch der Bundesrat zu. Was dies bedeutet ist klar: stärkere Auslandabhängigkeit, massiv höhere CO₂-Emissionen und Preise. Die SVP fordert mit Nachdruck eine realistische Energiepolitik.





MARTI-SELLER



DER NEUE SUBARU **XV** 4x4 IST DA. SCHON AB **FR. 25'900.-**.



Erhältlich in drei Motorvarianten und drei Ausstattungslevels mit u. a. Lederinterieur, elektr. Schiebedach, Navi, Keyless Entry- und Go-System mit Start/Stopp-Taste.

- **1,6-Liter-Benziner**, 114 PS, 2x5 Gänge (man.) oder CVT-Automatik, **Einführungspreis: ab Fr. 25'900.-**.
- **2,0-Liter-Benziner**, 150 PS, 6 Gänge (man.) oder CVT-Automatik, **Einführungspreis: ab Fr. 28'900.-**.
- **2,0-Liter-Diesel**, 147 PS, 6 Gänge (man.), **Einführungspreis: ab Fr. 30'900.-**.

Jetzt bei Ihrem Subaru-Vertreter.

Energieeffizienz-Kategorie B, CO₂ 146 g/km, Verbrauch gesamt 5,6 l/100 km (2.0D).
Durchschnitt aller verkauften Neuwagenmodelle (markenübergreifend): 159 g/km.



WETTBEWERB



Trezza, 5-türig, Frontantrieb,
Promotionspreis: ab Fr. 19'900.-,
Fr. 2'600.- günstiger als Listenpreis.
Auch mit Diesel.



WRX STI 4x4, 4-/5-türig,
Powerpreis: ab Fr. 44'100.-.



XV 4x4, 5-türig,
Einführungspreis: ab Fr. 25'900.-,
Auch mit Boxer Diesel.



Forester 4x4, 5-türig,
Promotionspreis: ab Fr. 30'900.-,
Fr. 2'500.- günstiger als Listenpreis.
Auch mit Boxer Diesel.



Legacy 4x4, 4-/5-türig,
Promotionspreis: ab Fr. 29'650.-,
Fr. 4'000.- günstiger als Listenpreis.
Auch mit Boxer Diesel.



Outback 4x4, 5-türig,
Promotionspreis: ab Fr. 37'350.-,
Fr. 4'000.- günstiger als Listenpreis.
Auch mit Boxer Diesel.

www.subaru.ch SUBARU Schweiz AG, 5745 Safenwil, Tel. 062 788 89 00. Subaru-Vertreter: rund 200. www.multilease.ch
Unverbindliche Preisempfehlung netto, inkl. 8% MWSt. Preisänderungen vorbehalten.

SUBARU. SWITZERLAND'S 4x4

Was Lehrer dazu sagen?

„Meine persönliche Erfahrung als Berufseinsteigerin hat mir gezeigt, dass die theoretischen Lehrinhalte der pädagogischen Hochschulen (PH) teilweise sehr realitätsfremd und nicht im Schulalltag anwendbar sind: Anstatt angehenden Lehrern beizubringen, wie man eine Prüfung aufbaut und diese benotet, werden Noten als etwas Schlechtes abgetan und das Thema unter den Tisch gekehrt. Ebenso sind brauchbare, praxiserprobte „Rezepte“ für die Bewältigung des Schulalltags an den PH verpönt. Erfahrene Lehrpersonen erwähnen hingegen immer wieder, dass ihnen solche früher am Lehrerseminar mit auf den Weg gegeben wurden.“

Stefanie Gysi, Primarlehrerin, Cham (ZG)

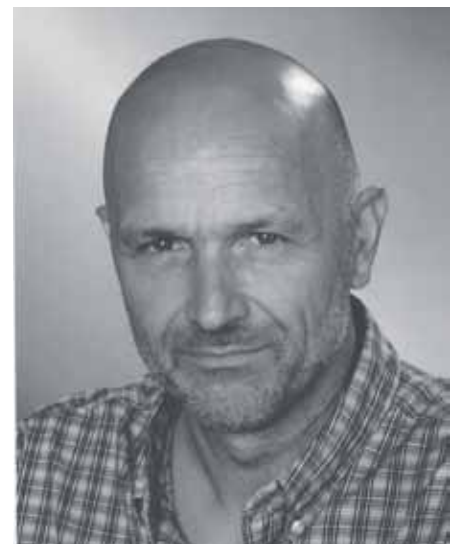


„Die Unzufriedenheit in der Bevölkerung und bei den Lehrbetrieben mit den Schulen in unserem Lande nimmt zu. Schon längere Zeit nimmt die chemische Industrie in Basel kaum mehr Lehrlinge aus dem Kanton Basel-Stadt auf; sie sind zu schlecht vorbereitet. Das alles erinnert fatal an Aussagen aus England vor über 20 Jahren, dass ein beachtlicher Teil der Schulabgänger «unemployable», das heisst nicht in einem Beruf anstellbar, sei. Die «Reformer» in unserem Lande haben sich an den angelsächsischen Schulmodellen orientiert. Kinder und Jugendliche lernen darum heute vielerorts in autonomen Schuleinheiten vorwiegend «selbstentdeckend», basteln mit Wochenplänen alleine vor sich hin. Die Lehrer verstehen sich als Animatoren und Lernbegleiter und halten sich aus dem Lernprozess heraus. Dies wurde ihnen an den Pädagogischen Hochschulen vermittelt. Die Schulhoheit liegt bei den Kantonen. Es gilt das Schiff zu wenden, auch bei der Lehrerausbildung, die praxisorientierter zu gestalten ist.“

Jean-François Huguelet, Berufsschullehrer und Bereichsleiter, Tolochenaz (VD)

„Als Praxislehrer stelle ich immer wieder fest, wie verunsichert angehende Lehrer bei Disziplinarproblemen sind. Verwundern kann diese Unsicherheit nicht: Es ist nicht jedermanns Sache, 20 Teenagern gegenüber zu treten und so eine Truppe Tag für Tag, Woche für Woche zu führen, zu lehren und gar zu begeistern! Die aktuelle Lehrerbildung probt den „Ernstfall“ viel zu wenig: Nur Persönlichkeiten, die über längere Zeit erfolgreich unterrichten und die Feuerprobe des Alleinstehens vor einer Klasse bestehen, taugen für diesen Beruf. Wie aber selektiert man geeignete Leute aus dem Anwärterfeld? Die Lehrer-Lehre wäre eine taugliche Methode!“

Willi Villiger, Reallehrer, Eggenwil (AG)



14 Inserate



Online bestellen: www.svp.ch 

..... Ex. SVP-Fussball	25.- Ex. Pin CH-Kreuz	7.-
..... Ex. SVP-Sitzungsmappe	49.- Ex. Pin SVP-Logo	7.-
..... Ex. Krawatte CH-Kreuz kl.	50.- Ex. Pin «SVP Gold»	7.-
..... Ex. Krawatte CH-Kreuz gr.	50.- Ex. Post-it, Block à 50 Blatt	2.-
..... Ex. Krawatte SVP	50.- Ex. Offiziermesser	20.-
..... Ex. SVP-Bonbons	5.- Ex. Kleber, Bogen à 27 Kl.	5.-
..... Ex. SVP-Feuerzeug	5.- Ex. Kugelschreiber	2.50
..... Ex. SVP-Rucksack	10.- Ex. Jasskarten	3.-
		... franz.	... deutsch

Name: Vorname:
Adresse: PLZ: Ort:
Mail: Telefon:

Bitte Talon einsenden an:

SVP Generalsekretariat, Postfach 8252, 3001 Bern oder per Fax an 031 300 58 59 oder per Mail an gs@svp.ch

INSERIEREN SIE IM SVP-KLARTEXT ODER IM FRANC-PARLER



Seit Jahren bekannt für physikalisch induktive
Kalk- und Rostschutztechnik

Sirox Cleantech GmbH Tel. 056 427 20 14
www.wassertrinker.ch info@sirox.ch

Impressum

Auflage: 60 000 Exemplare
Herausgeberin: Stiftung SVP-Pateizeitung
Erscheinungsweise: 11x/Jahr
Verantwortlich: Kevin Grangier
Adresse: SVP-Klartext, Postfach 8252
3001 Bern - klartext@svp.ch
Druck: Zofinger Tagblatt AG, Henzmannstrasse 20
4800 Zofingen - www.ztonline.ch
Abonnement: Fr. 35.- jährlich für Nicht-Parteimitglieder
Gratis für Parteimitglieder - klartext@svp.ch
Inserate: Kevin Grangier - klartext@svp.ch
Fotos: © Peter Schaub, Frontseite oben links, Seite 3
unten rechts
© Dany Schär, Seite 3 oben und unten links -
www.dany-schaer.ch



Haus der Freiheit



Sommerzeit – Ausflugszeit!

Besuchen Sie mit Ihrer Sektion oder Ihrem Verein Toni Brunner im Haus der Freiheit!

Urgemütliche Gaststube ◊ Saal für Gesellschaften ◊ Einfache Zimmer für Übernachtungen
Gut gelegen für Wanderungen, schöne Wandergebiete ◊ Ferienwohnung auf Anfrage

Öffnungszeiten: Dienstag ab 14 Uhr bis Sonntagabend 18 Uhr. Montag ganzer Tag geschlossen.

Herzlich willkommen heisst Sie: Toni Brunner mit seinem ganzen Sonne-Team

Kontakt: 071 993 10 01, info@hausderfreiheit.ch, www.hausderfreiheit.ch
Adresse: Wintersberg, 9642 Ebnat-Kappel/SG

Anfahrt: Von Wattwil kommend Umfahrungsstrasse Ebnat-Kappel benutzen, vor Krummenau links Richtung Bendel/Hemberg/Wintersberg abbiegen. Ca. 2 km bergwärts fahren.

„Vol Spécial“: Ein Propagandafilm!

Der von Radio Télévision Suisse RTS produzierte und am 28. März 2012 gesendete Themenabend rund um den Film „Vol Spécial“ von Fernand Melgar war aufschlussreich: der Film von diesem subventionierten linken Ideologen, welcher das Recht der Schweiz, ausländische Kriminelle und Unruhestifter auszuschaffen nicht akzeptieren will, hat nichts mit einem Dokumentarfilm zu tun. Es ist ein reiner Propagandafilm. von Nationalrat Yves Nidegger, Genf (GE)

Ein Dokumentarfilm ist informativ oder didaktisch und basiert auf Fakten sowie echten Dokumenten; er stellt weder Fiktion dar, noch bedient er sich der Kunst des Schauspielens. Der Propagandafilm hingegen nutzt die Psychologie; er dient dazu, die öffentliche Wahrnehmung über Ereignisse, Personen oder Diskussionsthemen zu beeinflussen und schliesslich die Politik in eine bestimmte Richtung zu lenken.

Einen Propagandafilm erkennt man zunächst daran, welche Rolle der Staat bei dessen Entstehung und Verbreitung spielt.

1) Staatliche Finanzierung: „Vol Spécial“ entstand in Co-Produktion mit RTS (gebührenfinanziert), wurde zudem subventioniert durch das Bundesamt für Kultur (Steuergelder) sowie den Lotteriefonds.

2) Zwangsverbreitung: Neben den Fernsehzuschauern des Staatsfernsehens RTS werden die Schulen sozusagen als „Zwangspublikum“ gewonnen; Kinder werden klassenweise an die Filmvorführungen geschickt, durch Entscheidung von Lehrern, die von den kantonalen Bildungsdirektionen dazu ermuntert werden, aber natürlich auf Kosten der Eltern.

3) Offizielle Beweihräucherung: Die ebenfalls subventionierten Kunst- und Kultur-Eliten bejubeln das Werk, selbst wenn der Kinosaal leer bleibt.

Weiter zeichnet sich ein Propagandafilm dadurch aus, dass er primär persönliche Emotionen in Szene setzt, die mit einer politischen Botschaft verknüpft sind.

4) „Vol Spécial“ ist in dieser Emotionsdarstellung exemplarisch: der

Filmemacher fokussiert vollkommen auf den Verdruss derer, die kurz vor der Ausschaffung stehen, liefert keinerlei Aufklärung über den Grund der Ausschaffung und drückt schliesslich auf die Tränendrüse. Es ist das pure Gegenteil

„eines Dokumentarfilms über Ausschaffungen oder die Ausschaffungshaft. Schliesslich zeigen Propagandafilme Helden, gespielt von staatlich unterhaltenen Schauspielern und Statisten.

5) Hierbei war Melgar sehr erfolgreich: Die Darsteller, welche eigentlich Gegenstand einer objektiven dokumentarischen „Beobachtung“ sein sollten, haben keine sechs Monate gebraucht (solange dauerten die Dreharbeiten), um als Schauspieler in die Rollen zu schlüpfen, welche ihnen der Regisseur in diesem Theater zugedacht hat. Routiniert im Umgang mit den Behörden und Verfahren der Justiz, waren die Mehrfach- und Wiederholungstäter vom ersten Tag an „einsatztauglich“. Ihre reiche und lange Erfahrung in der Rolle des unverstandenen Opfers ergänzen sie mit grossem Talent im Jammern und Klagen.



Quelle: <http://www.rts.ch>

SVP-Nationalrat Yves Nidegger während der Fernsehdebatte im RTS am 28. März 2012. Er hat aufgezeigt, dass „Vol Spécial“ ein reiner Propagandafilm ist.



Quelle: <http://www.rts.ch>

*Fernand Melgar,
Regisseur von „Vol Spécial“*



Die Partei des Mittelstandes

Die SVP bewegt

6. SVP-Grümpelturnier

Samstag, 14. Juli 2012

ab 10.00 Uhr bis ca. 16.00 Uhr

Reitplatz, Winterthur Töss

Grosses SVP-Grümpi mit Festwirtschaft, Pokalen, Plausch, Musik und vielem mehr!

Kategorien (es gibt keine Altersbeschränkung):

- **Plausch Sie und Er** (6 Spieler, davon mindestens 2 Damen)
- **Männer** (6 Spieler)

Auch Einzelspieler sind willkommen, nach Möglichkeit wird ein Team zusammengestellt.

Teilnahmegebühr: Fr. 50.- pro Team. Anmeldungen ab sofort im Internet über www.svp.ch oder per Mail an imobersteg@svp.ch. Auskünfte erteilt Ariane Imobersteg (Tel. 031 300 58 58).

Anmeldeschluss: 1. Juli 2012



Anmeldetalon

Name: Vorname:

Adresse:

E-mail: Natel:

Kategorie: Plausch Sie und Er Männer Einzelspieler

Mannschaftsname: